

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Gipfeltreffen von EU und Arabischer Liga

Menschenrechte und Toleranz gemeinsam verteidigen

Seite 3

IM FOKUS

No-Deal-Brexit

EU trifft Vorsorge für mögliches Scheitern des Austrittsvertrages

Seite 4

Vor der Europawahl

70 Prozent der Deutschen glauben daran, dass ihre Stimme zählt

Seite 6



EU-Kommissionsvizepräsident Dombrovskis beschrieb die wirtschafts-politischen Herausforderungen für die einzelnen Mitgliedstaaten.

Credit © European Union, 2019

URTEIL DES EUGH

Kein Bio-Label für Halal-Fleisch

Als „halal“ gekennzeichnetes Fleisch darf laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) nicht das EU-Bio-Logo tragen. Das rituelle Schlachten ohne Betäubung sei in der EU zur Wahrung der Religionsfreiheit zwar ausnahmsweise erlaubt.

Die Tiere müssten dabei aber mehr leiden, als wenn sie vorher betäubt würden, wie eigentlich vorgeschrieben, urteilten die Richter. Das EU-Bio-Logo werde aber für Beachtung der höchsten Normen, unter anderem beim Tierschutz vergeben, so der EuGH. C-497/17

[Zur Website des EuGH](#)

KOORDINIERUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK

EU-Staaten bekommen Empfehlungen für Investitionen

Um die Investitionen in den EU-Staaten anzukurbeln, beschreitet die EU-Kommission noch einen neuen Weg. In den im Rahmen des Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik vorgelegten Berichten zur Lage in den einzelnen Ländern hat sie erstmals Vorschläge aufgelistet, wie verschiedene EU-Mittel in den Jahren 2021 bis 2027 am effizientesten investiert werden könnten.

> Die größte Rolle spielen dabei die Mittel aus den EU-Kohäsionsfonds, die in einigen Mitgliedstaaten einen wesentlichen Teil der öffentlichen Investitionen ausmachen. Deutschland als einer der reichsten EU-Staaten erhält weniger Kohäsionsmittel. Investitionen sind aber auch in Deutschland wichtig.

„Wenn wir das Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaften vollständig ausschöpfen wollen, brauchen wir Strukturreformen. Außerdem brauchen wir gezielte Investitionen zur Stärkung des Produktivitätswachstums in ganz Europa“, sagte

Valdis Dombrovskis, der für den Euro und sozialen Dialog zuständige EU-Kommissionsvizepräsident. Und Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen erklärte mit Blick auf demografischen Wandel, verbreiteten Fachkräftemangel und Umwälzungen durch neue Technologien: „Wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, muss es oberste Priorität sein, in die Qualifizierung von Menschen, insbesondere von Geringqualifizierten, zu investieren.“ In ihren Berichten hat die Kommission die wirtschaftliche Situation und Herausforderungen aller Mitgliedstaaten analysiert. Diese seien sehr unterschiedlich. >>

>> Insgesamt sei aber die Beschäftigungsquote auf einem Rekordhoch, die Arbeitslosigkeit niedrig wie nie, die Jugendarbeitslosigkeit sinke und die Lage der öffentlichen Finanzen habe sich im Durchschnitt verbessert. Die EU-Wirtschaft werde 2019 wohl im siebten Jahr in Folge wachsen, allerdings langsamer als bisher. Deshalb „ist es wichtiger denn je, dass die Regierungen unsere Volkswirtschaften krisenfester machen: Schuldenabbau, Steigerung der Produktivität, mehr und bessere Investitionen und Verringerung von Ungleichheiten“, sagte Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici.

Viele Empfehlungen umgesetzt

Die Länderberichte dienen als Grundlage für bilaterale Diskussionen der Kommission mit den Mitgliedstaaten über deren künftige Wirtschaftspolitik. Ende April legen die Regierungen der Kommission ihre nationalen Reformprogramme vor, die Kommission macht dann Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik. Sobald diese vom EU-Ministerrat diskutiert und verabschiedet sind, sollen sie Leitlinie für die nationalen haushalts- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen im zweiten Halbjahr sein. Seit Einführung des Europäischen Semesters 2011 seien mehr als zwei Drittel der Empfehlungen umgesetzt worden, so die Kommission. Die meisten Fortschritte habe es bei der Stabilisierung der Finanzmärkte gegeben, auch bei der Schaffung unbefristeter Stellen seien viele Staaten deutlich vorangekommen.

Deutschland vor Herausforderungen

Deutschland habe bei der Umsetzung der Empfehlungen von 2018 „begrenzte“ Fortschritte gemacht, so die Kommission. Wie seit Jahren heißt es im Länderbericht erneut, mehr Investitionen und Innovation seien nötig, um die starke deutsche Wirtschaft fit für technologischen Wandel und veränderte Nachfragemuster zu machen. Das sei vor allem wichtig, weil die deutsche Wirtschaft eine tragende Rolle für die Entwicklung der gesamten EU spiele. Die Produktivität sei im vergangenen Halbjahr gesunken. Investitionen seien vor allem in Bildung, Forschung und Infrastruktur nötig. Zum Beispiel hapere es bei Hochleistungs-Internetleitungen, der Ausrichtung der Stromnetze auf erneuerbare Energien, umweltfreundlicheren Verkehrssystemen und der Entwicklung von Niedrigemissionsfahrzeugen. Die Schulinfrastruktur, Lehrermangel und die Vermittlung digitaler Kenntnisse seien wachsende Herausforderungen, heißt es im Bericht.

Bei Haushaltspolitik, Schuldenabbau und der Schaffung von Arbeitsplätzen gehört Deutschland weiter zu den Musterschülern der EU. Doch für das „ineffiziente“ und „komplexe“ Steuersystem sieht die Kommission weiter Reformbedarf. Moniert werden etwa hohe Steuern für Unternehmen und Geringverdiener. Weiterhin kritisiert wird auch ein für die konjunkturelle Lage geringer Reallohnanstieg. (frh)

■ Kommission bewertet Reformfortschritte

Ungleichgewichte im Blick

Der nur langsam sinkende Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands stellt laut Analyse der EU-Kommission weiter ein makroökonomisches Ungleichgewicht dar, wenn auch kein übermäßiges. Er spiegele „die an den Ersparnissen gemessenen schwachen Investitionen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor“, was auch grenzüberschreitend wichtig sei. Auch der private Konsum sei gemessen an der Wirtschaftsleistung schwach. Insgesamt hat die Kommission in 13 EU-Staaten Ungleichgewichte festgestellt. Diese werden nun besonders beobachtet.



GIPFELTREFFEN MIT DER ARABISCHEN LIGA

Juncker betont gemeinsame Verantwortung für Menschenrechte



Credit © European Union, 2019

In einer immer enger und komplexer miteinander verflochtenen Welt müssen EU und arabische Staaten nach Ansicht von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker enger kooperieren. „Unsere gemeinsame Geschichte und geografische Nähe rufen uns zur Zusammenarbeit auf. Das gilt auch für unsere Werte und Prinzipien“, sagte Juncker beim Gipfeltreffen der EU und der Arabischen Liga in Scharm el-Scheich. Menschenrechte und Toleranz müssten gemeinsam verteidigt werden. Juncker widersprach bei einer Pressekonferenz dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Ahmed Aboul Gheit, der gesagt hatte, es sei bei dem Treffen nicht über konkrete Fragen von Menschenrechten gesprochen worden.

Bei dem Gipfel, an dem laut Kommission rund 50 Staats- und Regierungschefs teilnahmen, ging es etwa um Terrorismusbekämpfung, Migrationspolitik, Handel und Investitionen, Sicherheit und die aktuelle Lage in der Region. Juncker nannte die Klimapolitik als wichtiges Kooperationsfeld und wies darauf hin, dass die EU sich an der Finanzierung des weltgrößten Solarkraftwerks in Marokko beteiligt. Europa helfe den arabischen Staaten auch bei der Bewältigung der Folgen von Konflikten in der Region.

■ Gipfeltreffen EU-Arabische Liga

UNTERSUCHUNG IN ONLINE-SHOPS

Preisangaben häufig nicht präzise genug

Viele Betreiber von Shopping-Portalen verstoßen gegen die Verbraucherschutzbestimmungen der EU. Eine von der EU-Kommission gemeinsam mit nationalen Verbraucherschutzorganisationen durchgeführte Untersuchung von 560 Websites ergab entsprechende Unregelmäßigkeiten in rund 60 Prozent der Fälle.

Besonders häufig wird der Untersuchung zufolge gegen das EU-Recht bei Preisangaben und Sonderangeboten verstoßen. Auf 211 der untersuchten Websites sei der geforderte Endpreis höher gewesen als das ursprüngliche Angebot. Die Kommission bemängelt zudem unklare Angaben zum Rückgaberecht auf fast 30 Prozent der Websites. In 59 Prozent der Fälle fehlte ein leicht zugänglicher Link zur Online-Streitschlichtungsplattform, den es laut EU-Recht geben muss. Die unlauteren Praktiken sollen nun abgestellt werden.

■ Klare Informationen beim Online-Kauf gefordert

ÜBERNAHME VON E-PLUS

Möglicherweise Auflagen missachtet

Der Mobilfunkanbieter Telefónica Deutschland hat möglicherweise gegen Auflagen verstoßen, die er 2014 für die Übernahme von E-Plus bekommen hatte. Die EU-Kommission überprüft das derzeit. Es wäre das erste Mal, dass Verpflichtungen im Rahmen der EU-Fusionskontrolle von einem Unternehmen nicht erfüllt wurden. Die Beachtung der Auflagen sei aber wichtig, damit „Wettbewerb gewahrt bleibt und die Verbraucher nicht geschädigt werden“, sagte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager.

Als Strafe drohen Telefónica eine Buße von bis zu 10 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes oder die Aufhebung der Fusionserlaubnis. Nicht eingehalten haben soll das Unternehmen die Verpflichtung, allen interessierten Marktteilnehmern 4G-Vorleistungen zu „den günstigsten Preisen unter Benchmark-Bedingungen“ anzubieten.

■ Fusionskontrolle mit Beschwerdepunkten

SCHÜLERZEITUNGSPREIS „EUROPA“

Zeitung aus Bonn beeindruckt mit EU-Sonderteil

Der von der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland vergebene Schülerzeitungspreis „Europa“ geht 2019 an das Aloisiuskolleg in Bonn/Bad Godesberg. „Der Bonner Schülerzeitung ‚akomag‘ ist es gelungen, viele komplexe europäische Themen abgestimmt auf die Interessen der Schülerinnen und Schüler ihres Gymnasiums darzustellen“, würdigte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, die Preisträger. „Dabei wird deutlich, dass sich die jungen Menschen viele Gedanken über Europa machen und die Vorteile der EU wertschätzen.“ Die Bonner beeindruckten mit Artikeln zu zahlreichen Themen, die in der EU-Politik derzeit eine Rolle spielen, wie Plastikmüll, Lage in Syrien, Schutz von Insekten, die Gaspipeline Nord Stream oder die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Daneben gestalteten sie einen EU-Sonderteil, in dem etwa über die EU-Geschichte, Geldpolitik, das Programm Erasmus+ oder die Gesetzgebung zur Sommerzeit berichtet wird. Mit einer Umfrage erforschte die Redaktion zudem die Einstellung der Schüler zur EU. „Akomag“ bekommt 1.000 Euro Preisgeld, zudem darf die Redaktion nach Berlin zur Preisverleihung und zu einem EU-Workshop reisen.

■ Schüler schreiben über die EU

VORSORGE FÜR SCHEITERN DES AUSTRITTSVERTRAGS

EU arbeitet an **Begrenzung der Schäden** durch **ungeordneten Brexit**

Die Zeit, das bereits ausgehandelte Abkommen über den **geregelten Austritt** des Vereinigten Königreiches aus der EU in **trockene Tücher zu bekommen**, wird immer knapper. Sollte das nicht mehr rechtzeitig gelingen, wird **Großbritannien ab dem 30. März als Drittland behandelt**. Die **EU-Unternehmen und die Bürger** müssen sich auf diesen Fall vorbereiten.



© pio3 / Shutterstock.com

Übergangsfristen sollen verhindern, dass Airlines wie Ryanair nach einem harten Brexit viele EU-Städte nicht mehr anfliegen können.

> Zahlreiche nationale Ministerien, Verbände und Organisationen unterstützen sie dabei, in Deutschland zum Beispiel der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Außenhandelskammern oder das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland. Angesichts der Gefahr eines No-Deal-Szenarios hat die Kommission seit Dezember 2017 intensive Vorsorgemaßnahmen getroffen. .

Die stellvertretende Generalsekretärin der Kommission, Céline Gauer, reist derzeit mit einem Team durch die Hauptstädte der 27 EU-Mitgliedstaaten, um die nationalen Vorbereitungen und Notfallpläne zu erörtern. Auf EU-Ebene liegen knapp 20 Rechtsakte und über 90 Mitteilungen vor, mit denen Chaos nach einem Brexit ohne Vertrag verhindert werden soll, weil etwa Flugzeuge am Boden bleiben müssen, Lkw nicht mehr fahren können oder Erasmus-Studien mitten im Semester nach Hause geschickt werden. Die Notfallpläne sind zeitlich befristet, jeweils von begrenzter Tragweite und werden von der EU einseitig erlassen – häufig unter der Voraussetzung, dass Großbritannien sich gegenüber EU-Bürgern und Unternehmen genauso verhält. Sie werden die Schäden eines „harten Brexit“ aber nicht völlig abpuffern können, betont die Kommission.

Airline-Lizenzen bleiben vorerst gültig

EU-Bürger, die im Frühling oder Sommer einen Flug mit Tuifly, Easyjet, Ryanair oder Iberia planen, brauchen aber wohl nicht zu fürchten, dass dieser dem

Brexit zum Opfer fallen könnte. Vertreter von Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten haben zugestimmt, dass Airlines mit einer EU-Lizenz, die nach dem Brexit nicht mehr mehrheitlich von EU-Eigentümern kontrolliert werden – wie das bei den genannten der Fall wäre – ein halbes Jahr Zeit bekommen, um diese Anforderung für die Lizenz wieder zu erfüllen.

Grundlegende Flugverbindungen blieben so bei einem harten Brexit erhalten, falls beide Seiten die gleichen Regeln anwendeten, erklärte Verkehrskommissarin Violeta Bulc. Die EU-Kommission begrüßte auch, dass Cargo-Flüge fünf Monate lang fortgesetzt werden dürfen. Auch bei der Eisenbahn, im Lkw- und Busverkehr sollen Genehmigungen noch einige Monate gelten.

Keine Visapflicht geplant

Britische Staatsbürger sollen weiterhin ohne Visum in den Schengenraum einreisen können. Dafür haben sich die EU-Mitgliedstaaten ausgesprochen. Das soll für Kurzaufenthalte von 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen gelten. Laut Ministerrat hat London zugesagt, für Kurzaufenthalte von EU-Bürgern ebenfalls kein Visum zu verlangen. Die Bundesregierung will in Deutschland lebenden Briten für mindestens drei Monate das Arbeits- und Aufenthaltsrecht lassen. Dem Schutz der Bürger vor Brexit-Folgen soll auch Folgendes dienen:

- > Alle Teilnehmer des EU-Austauschprogramms Erasmus+ sollen ihren Auslandsaufenthalt beenden können.
- > Alle bis zum Brexit in Großbritannien von EU-Bürgern erworbenen Renten- und Sozialversicherungsansprüche sollen erhalten bleiben.
- > Empfänger von EU-Mitteln in Großbritannien sollen weiter Geld bekommen, sofern London seine Verpflichtungen gegenüber dem EU-Haushalt weiter erfüllt.

Viel zu beachten gibt es beim zukünftigen Handel mit Waren und Dienstleistungen und der Verrechnung von Mehrwertsteuer. Die EU-Kommission hat dazu eine Infokampagne gestartet (siehe Seite 8). Brexit-Notfallpläne existieren zum Beispiel auch für die Finanzmärkte oder den Klimaschutz durch den CO₂-Emissionshandel. (frh) >|

■ Website der Kommission zu den Brexit-Verhandlungen

Brexit-Informationen

Die EU-Kommission stellt im Internet zahlreiche Informationen zur Vorbereitung auf den Brexit bereit (https://ec.europa.eu/info/brexit/brexit-preparedness_de). Auch die Bundesregierung hat eine Sammlung von Fragen und Antworten und eine Übersicht über Informationsangebote in Deutschland zusammengestellt (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/brexit>).

INTERNETKAMPAGNEN VOR DER EUROPAWAHL

EU-Kommission geht gegen **Falschinformationen** vor

In der EU kann und muss nach Ansicht von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über politische Sach- und Zukunftsentscheidungen kontrovers debattiert werden. Gerade vor der so wichtigen Europawahl im Mai. Bei einer Diskussionsveranstaltung im baden-württembergischen Landtag wandte sich Juncker aber entschieden gegen das Operieren mit Desinformationen und Falschnachrichten und übte deutliche Kritik an Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán. Hintergrund ist eine Kampagne auf der Facebook-Seite seiner Regierung, die sich gegen Juncker und den ungarisch-amerikanischen Investor George Soros richtet.

> Kommissar Margaritis Schinas nannte die Kampagne unglaublich. „Es ist schockierend, dass eine so lächerliche Verschwörungstheorie den Mainstream in dem Maße erreicht hat, wie es hier geschehen ist.“ Die Ungarn verdienen Fakten und keine Fiktion. Es gebe kein „die in Brüssel“, sondern nur die Europäische Union, in der Ungarn am Tisch sitzt, sagte Schinas. Anders als von der ungarischen Regierung behauptet, unterstütze die EU den Schutz der Außengrenzen und untergrabe ihn nicht. Es gebe auch keine Pläne für „humanitäre Visa“. Die Mitgliedstaaten entschieden, bis zu welchem Grad sie legale Migration akzeptieren wollen.

Orbán's Fidesz-Partei vertrete „die christdemokratischen Werte in keinerlei Weise“, sagte Juncker in Stuttgart. „Es gibt zwischen Herrn Orbán und mir keinerlei Schnittmengen.“ Daher sei er der Meinung, dass Fidesz aus der Europäischen Volkspartei ausgeschlossen werden solle, der auch Juncker angehört und aus Deutschland die CDU und CSU. „Mein Freund Manfred Weber wird sich auch die Frage stellen, ob er diese Stimmen überhaupt braucht“, fügte Juncker mit Blick auf den EVP-Fraktionschef hinzu. Der CSU-Politiker ist EVP-Spitzenkandidat für die Europawahl.

Auf EU-Erregenschaften besinnen

Juncker und EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger warben engagiert dafür, sich auf Werte und Errungenschaften der europäischen Integration zu besinnen. Sie erinnerten etwa an den Wiederaufbau nach dem Krieg, an zunehmenden Wohlstand und an die Befriedung des Kontinents. Zudem, so Juncker, müsse man in die Zukunft blicken. Das demografische und wirtschaftliche Gewicht der Europäer in der Welt nehme ab, kein Nationalstaat allein könne künftig das globale Geschehen noch mitbestimmen.



Credit © European Union, 2019

Enthusiasmus für Klimaschutz gelobt

Etliche der nach Stuttgart eingeladenen jungen Leute stellten Fragen zur EU-Politik, etwa zu den europaweiten Schüler-Demonstrationen für Klimaschutz. „Ich begrüße den Enthusiasmus junger Menschen, sich für Klimaschutz einzusetzen“, sagte Juncker. Er habe in seiner Jugend auch für vieles demonstriert, allerdings außerhalb der Unterrichtszeit. Die EU habe dazu beigetragen, dass 2015 in Paris das UN-Klimaschutzabkommen abgeschlossen werden konnte. Oettinger sagte, derzeit stünden 20 Prozent der EU-Ausgaben im Zusammenhang mit Klimaschutz. Die Kommission habe vorgeschlagen, diesen Anteil ab 2021 auf ein Viertel zu erhöhen.

Bei einer Veranstaltung im baden-württembergischen Landtag warb Kommissionspräsident Juncker dafür, sich auf Werte und Errungenschaften der EU zu besinnen.

“ Menschen, die nicht zur Wahl gehen, bringen auch ihre Kinder und Kindeskiner um ihre Zukunftschancen. ”

Kommissionspräsident Juncker zur Europawahl

Angesprochen auf Kritik, die Reform des EU-Urheberrechts könne durch Upload-Filter die Meinungsfreiheit im Internet beeinträchtigen, sagte Juncker, im Interesse von Musikern, Filmemachern, Autoren und anderen Kunstschaffenden „darf man nicht tatenlos zusehen, wie ihre Werke kostenlos durch die Gegend gestreut werden.“ Für den Eintritt in Fußballstadien bezahlten Menschen viel Geld, wollten aber auf Presseartikel und Kunst im Internet kostenlos zugreifen. „Kunst ist genauso wichtig wie Fußball“, unterstrich Juncker. (frh) >|

■ Zur Rede von Juncker

KNAPP 100 TAGE VOR DER EUROPAAWAHL

Mehrheit der Deutschen fühlt sich in der EU ernstgenommen

Mit der Internetkampagne „Diesmal wähle ich“ will das Europäische Parlament die Europäerinnen und Europäer für die Wahlen zum Europäischen Parlament Ende Mai mobilisieren, bei denen entscheidende Weichen für die Zukunft der EU gestellt werden. Die Bedeutung scheint den Wählern hierzulande bewusst zu sein, legen Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage nahe, deren nationale Auswertung nun in Berlin vom Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, Richard Kühnel, präsentiert wurde.



diesmalwaehleich.eu



Die Europawahlen müssen in Deutschland nach Meinung der EU-Kommission genauso wichtig genommen werden wie eine Bundestagswahl.

> „70 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass ihre Stimme in der EU zählt. Im Frühjahr 2016 lag dieser Wert noch bei 47 Prozent, seitdem ist ein ermutigender Anstieg von plus 23 Prozentpunkten zu verzeichnen“, sagte er. Zur letzten Europawahl im Frühjahr 2014 lag der Wert lediglich bei 57 Prozent. „Es ist höchste Zeit, dass der Wahlkampf beginnt“, so Kühnel. Die Europawahl sei ebenso wichtig wie die Bundestagswahl.

„In vielen Mitgliedstaaten haben Kräfte Zulauf, die auf nationale politische Lösungen setzen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler 2019 ihr Stimmrecht nutzen. Es geht nicht um für oder gegen Europa, sondern darum, wie die EU die Globalisierung zum Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger gestalten kann“, sagte Kühnel.

Vertrauen in EU-Institutionen ist hoch

Als wichtigstes Problem, das die EU lösen soll, nannten 45 Prozent der deutschen Befragten die Steuerung der Einwanderung. Dahinter folgen die Lage der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten, der Umgang mit dem Klimawandel, die Stärkung des Einflusses der EU in der Welt und die Bekämpfung des Terrorismus.

Ein Grundvertrauen, dass die EU die richtigen Weichen stellen kann, gibt es offenbar. Der Anteil der Europäer, die den EU-Institutionen vertrauen, ist

mit 42 Prozent stabil und auf dem höchsten Stand seit Herbst 2010 geblieben. In 17 Mitgliedstaaten ist diese Einstellung die Mehrheitsmeinung – im Frühjahr war das noch in 15 EU-Ländern der Fall. In Deutschland vertrauen 54 Prozent der Befragten der Europäischen Kommission und 60 Prozent dem Europäischen Parlament. Damit ist das Vertrauen in das Europäische Parlament höher als in den Bundestag, dem 58 Prozent vertrauen. Deutschland liegt mit diesen Befunden im Trend der anderen Mitgliedstaaten.

Als Bürger der Europäischen Union fühlen sich in Deutschland 86 Prozent der Befragten, und sehr große Zustimmung gibt es nach wie vor zu zentralen Errungenschaften der EU, etwa dem Recht, sich überall frei bewegen und niederlassen zu dürfen und zur Wirtschafts- und Währungsunion mit der Gemeinschaftswährung Euro, die zu Jahresbeginn 20 Jahre alt wurde. Über 80 Prozent der über 1.500 befragten Deutschen sprechen sich jeweils auch für eine gemeinschaftliche Außen-, Migrations-, Handels-, Verteidigungs-, Sicherheits- und Energiepolitik der EU-Staaten aus.

Große Parteien dürften Sitze verlieren

Was die künftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments angeht, deuten erste EU-weite Sitzberechnungen auf Basis aktueller Umfragen auf eine stärkere Fragmentierung hin. Die Europäische Volkspartei (EVP) mit ihrem deutschen Spitzenkandidaten Manfred Weber (CSU) verlöre etwa 34 Sitze und käme nur noch auf 183 statt der heutigen 217 Sitze. Insgesamt verringert sich allerdings durch den Austritt des Vereinigten Königreichs auch die Anzahl der Sitze von derzeit 751 auf 705.

Die Fraktion der Sozialisten und Sozialdemokraten (S&D) würde laut der Umfrage die größten Verluste einfahren und bei 135 Mandaten landen, 51 weniger als aktuell. Wie sich andere Fraktionen entwickeln werden, ist zum Teil schwer vorherzusagen, weil nicht bekannt ist, welchen Fraktionen sich die neu ins EU-Parlament einziehenden nationalen Parteien anschließen werden. Das Europaparlament will die Berechnungen bis zur Wahl alle zwei Wochen aktualisieren. (frh)



■ Eurobarometer-Ergebnisse vorgestellt

Gute Noten für die EU

83 Prozent der befragten Deutschen sind der Meinung, dass die Stimme der EU in der Welt zählt, und 72 Prozent meinen, dass die Interessen Deutschlands in der EU gut berücksichtigt werden. 57 Prozent wünschen sich, dass noch mehr Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden. Der Aussage, dass Deutschland außerhalb der EU besser für die Zukunft gerüstet wäre, stimmen nur 17 Prozent zu und 77 Prozent widersprechen.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 07.03.2019 18.00 Uhr	„Mitrede über Europa. Bürgerforum in Dresden“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments	Stadtmuseum Dresden Wilsdruffer Straße 2 01067 Dresden	https://deutschland.diesmal-waehleich.eu/190307_de_berlin_buergerforum_dresden
> 07.03.2019 18.00–20.00 Uhr	„Dänemark - verlässlicher Partner in der EU und seine Beziehungen zu Deutschland und Rhein-Main“ Vortrag Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Landeshauptstadt Wiesbaden	HHLZ im Gebäude der Staatskanzlei Tanusstraße 5 65189 Wiesbaden	www.europatermine.de/termine/datum/2019/maerz/7/termin/einzel/daenemark_verlaesslicher_partner_in_der_eu.html
> 07.03.2019 19.00–20.30 Uhr	„Wahlen zum Europäischen Parlament. Wer sind die Kandidaten“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Volkshochschule Köln	VHS im Bezirksrathaus Lindenthal Aachener Straße 220 50931 Köln	https://vhs-koeln.de/Veranstaltung/titel-Wahlen+zum+Europ%C3%A4ischen+Parlament/cmx5c07e71a5ecfe.html
> 08.03.2019 09.30–15.00 Uhr	„How to boost women in politics and economy“ Networking-Event zum Internationalen Frauentag Veranstalter: Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in München	Munich Airport Center (MAC) Markenraum Ebene 04 85356 Flughafen-München	www.europar.europa.eu/germany/de/verbindungsbuero%20in-muenchen/iwd-2019-muenchen
> 09.03.2019 10.00–16.00 Uhr	„JuBi - Die Jugendbildungsmesse in Berlin“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europäische Bewegung Deutschland e. V.	John-Lennon-Gymnasium Zehdenicker Straße 17 10119 Berlin	https://jugendbildungsmesse.de/jubi-standorte/austauschjahr-berlin-ausland/
> 11.03.2019 10.30–12.00 Uhr	„De-Briefing der Europäischen Bewegung Deutschland zur Sitzung des EZB-Rats“ Informations- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Bewegung Deutschland e. V.	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/ekev/ebd-de-briefings-zu-ergebnissen-von-europaeischenfach-raeten/
> 12.03.2019 19.00–21.00 Uhr	„Europa im Spannungsfeld globaler Wirtschafts- und politischer Interessen“ Vortrag Veranstalter: Europa-Union Deutschland, Kreisverband Osnabrück	Gasthaus Lecon Bremer Straße 81 49191 Belm	www.landkreis-osnabrueck.de/der-landkreis/europabuero/
> 14.03.2019 18.00–20.00 Uhr	„Europa 2021. Unser gemeinsames Projekt“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union Deutschland, Kreisverband Osnabrück	Kreishaus des Landkreises Osnabrück Am Schölerberg 1 49082 Osnabrück	www.landkreis-osnabrueck.de/der-landkreis/europabuero/
> 14.03.2019 19.00–20.30 Uhr	„Die Wahlen zum Europäischen Parlament. Richtungsentscheidung für die EU“ Vortrag Veranstalter: Volkshochschule Köln, Europa-Union Köln e.V.	VHS Studienhaus am Neumarkt Cäcilienstraße 35 50667 Köln	https://vhs-koeln.de/Veranstaltung/titel-Die+Wahlen+zum+Europ%C3%A4ischen+Parlament/cmx5baca10976608.html
> 15.03.2019 09.00–12.30 Uhr	„Frauen bewegen europäische Politik!“ Veranstaltung zu den Europawahlen 2019 Veranstalter: Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2019/02/190315-Frauen-bewegen-europ%C3%A4ische-Politik.pdf
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

„EUROPA LIEGT IN DEINER HAND“

App liefert viele Infos über die EU

Was genau tut eigentlich das Europäische Parlament und welchen konkreten Nutzen und welche Auswirkungen hat EU-Politik für Bürger an verschiedenen Orten in Europa? Damit die Menschen gerade vor der anstehenden Europawahl besser und einfacher Antworten auf diese Fragen finden, stellt das Europaparlament eine App für mobile elektronische Geräte bereit. Sie soll Informationen über Errungenschaften, aktuelle Politik und Zukunftspläne der EU liefern, auch durch den Zugriff auf die Webseite „Was tut die EU für mich?“.



© europarl.europa.eu

Mit der App können Inhalte gesucht, gefiltert und auch auf einer Karte angezeigt werden – zum Beispiel von der EU geförderte Projekte. Die App kann kostenlos im App-Store und bei Google Play heruntergeladen werden.

■ [Zur Citizen's App](#)

BEWERBUNGSFRIST LÄUFT BIS ANFANG APRIL

Standorte für Supercomputer gesucht

Zur Unterstützung datenintensiver Forschungs- und Entwicklungsprojekte in der EU sollen Forschungseinrichtungen und Unternehmen mehr Hochleistungscomputer zur Verfügung stehen. Dazu wurde im vergangenen Jahr das EU-Gemeinschaftsunternehmen zur Förderung von High Performance Computing (HPC) EuroHPC gegründet. Das Unternehmen will Supercomputer anschaffen, für einige davon werden nun Standorte gesucht. Bewerbungen können bis zum 4. April eingereicht werden.



© Shutterstock

Es handelt sich einmal um Hosting-Einheiten für Petascale-Supercomputer (mit einem Leistungsniveau, das mindestens 10^{15} Operationen pro Sekunde ausführen kann), und um Hosting-Einheiten für Vorläufer von Exascale-Supercomputern (mit der 150-fachen Leistung).

■ [Aufrufe zur Interessensbekundung](#)

HANDEL NACH EINEM BREXIT OHNE VERTRAG

Checkliste soll EU-Unternehmen bei der Vorsorge helfen

Sollte bis zum 29. März zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich kein Abkommen über einen geregelten EU-Austritt zustande kommen, droht EU-Unternehmen viel Arbeit mit Zoll- und Steuerrecht. „Vieles hängt davon ab, ob die Unternehmen, die mit dem Vereinigten Königreich Handel treiben, in der Lage sind, sich schnell mit den Zollvorschriften vertraut zu machen, die im Falle eines No-Deals ab dem ersten Tag Anwendung finden werden“, sagte der für Finanzen, Steuern und Zoll zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici. Kontrollen des Warenverkehrs seien dann unvermeidlich, um den EU-Binnenmarkt und die europäischen Verbraucher zu schützen.



© Shutterstock

Damit die EU-Unternehmen, vor allem kleine und mittlere, nicht auf dem falschen Fuß erwischt werden, hat die EU-Kommission ihre Informationskampagne intensiviert. Sie bietet Informationsmaterial in allen EU-Sprachen für den schlechtesten aller Brexit-Fälle an, darunter eine 5-Punkte-Checkliste, die einen Überblick über die wichtigsten Vorbereitungen geben soll.

■ [Vorbereitung auf No-Deal-Szenario](#)

FILMFEST IN MÜNCHEN UND REGENSBURG

Innenansichten aus dem Leben in Mittel- und Osteuropa

Was die Menschen in der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Polen um- und antreibt ist eine Frage, die sich viele Westeuropäer und auch viele EU-Politiker stellen. Das dritte Münchner und Regensburger Filmfest versucht die Frage durch einen Blick auf insgesamt 13 Spiel- und Dokumentarfilme zu beantworten, die in diesen Ländern und in der Ukraine entstanden sind. Das Spektrum reicht dabei von schrägem Humor über populismuskritische Studien bis zum Psychothriller.

„Europas Mitte, wo liegt sie?“, lautet die Leitfrage für das „Mittelpunkt Europa Filmfest 2019“. Im Münchner Filmuseum laufen die Filme an neun Abenden zwischen dem 28. Februar und 10. März, die Regensburger Filmgalerie ist an fünf Abenden vom 1. bis 5. März Schauplatz. Diskussionsstoff mit einer Historikerrunde dürfte das Fünf-Länder-Projekt zur Niederschlagung des Prager Frühlings „Okkupation 1968“ liefern.

■ [Mittelpunkt Europa Filmfest](#)